



Freitag, den 04. September 2020
Pressekonferenz der PDG-Mehrheitsparteien
ProDG - SP - PFF

EINLEITUNG

F. Cremer

Eine Pressekonferenz zu Beginn der neuen Sitzungsperiode ist naturgemäß ein Ausblick auf die anstehenden Projekte und auf die großen politischen Vorhaben.

Diesem Ausblick möchte ich aber einen kurzen Rückblick auf die vergangenen sechs Monate voranstellen.

Mit den Beschlüssen des NSR vom 13. März 2020 veränderte sich auch in Ostbelgien das Leben vieler Menschen in fast allen Lebensbereichen.

Auch im PDG wurde das politische Handeln fortan maßgeblich vom Kampf gegen die unkontrollierte Ausbreitung der Pandemie und gegen die weitreichenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen dieser Pandemie bestimmt.

Die Regierung der DG wurde vom Parlament mit Sondervollmachten (auch wenn es sich lediglich um eine „Lightversion“ handelt) ausgestattet und es wurden drei Krisendekrete verabschiedet.

Die Kontrollfunktion des Parlaments wurde zu keinem Zeitpunkt auf Eis gelegt.

Es wurde eine Versammlung des Präsidenten, der 1. Vize-Präsidentin, der Fraktionsvorsitzenden und der Regierung in Bezug auf die Bekämpfung der Covid-19-Epidemie ins Leben gerufen.

In dieser Versammlung, die bis zum heutigen Tag insgesamt 14 Mal getagt hat, berichtete die Regierung detailliert über die neuesten Entwicklungen im Kampf gegen die Pandemie und stellte sich den Fragen der Fraktionsvorsitzenden.

Hervorzuheben ist auch die gute Zusammenarbeit - auch auf Ebene dieser Versammlung – **aller Fraktionen** in der Zeit der Covid-Krise.

Es gab einen breiten Konsens im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einsetzung eines Sonderausschusses, der sich mit der Evaluation dieser Krise und deren Folgen beschäftigen wird.

Dieser Sonderausschuss wird übrigens heute Abend zum ersten Mal tagen.

Am Beispiel der Maßnahmen, die im Kontext der Covid-Pandemie getroffen wurden, zeigt sich aber auch fast exemplarisch der Mehrwert unserer Autonomie. Wenn wir nicht über diese wichtigen Entscheidungsbefugnisse verfügen würden, hätte man nicht so effizient gegen die Auswirkungen der Krise vorgehen können (Unterstützung der Betriebe im Horeca-Sektor, Aktiv- und AktivPlus-Maßnahmen im Bereich der Beschäftigung, finanzielle und personelle Aufwertung des Pflegesektors, Unterstützung des Kultursektors, Verdienstausschüttungen für Tagesmütter...).

In der aktuellen Krise zeigt sich aber auch die ganze Bedeutung der langfristigen Strategie im Bereich der Regionalentwicklung. Die Tatsache, dass man bereits 2006 mit der Entwicklung einer über viele Legislaturperioden angelegten Entwicklungsstrategie begann, führt dazu, dass die politisch Verantwortlichen über einen wirklichen Masterplan verfügen, um die Deutschsprachige Gemeinschaft zukunftsfähig zu machen.

Zwar muss das REK III im Kontext der globalen Krise in wichtigen Punkten angepasst werden; nichtsdestotrotz bietet dieses regionale Entwicklungskonzept nach wie vor eine solide Orientierung für das politische Handeln. Die Gefahr eines orientierungslosen politischen Schlingerkurses besteht nicht.

Soweit ein kurzer Rückblick auf die vergangenen Monate.

Schaut man in die Zukunft, muss man sich aber immer der Tatsache bewusst sein, dass die Corona-Krise noch keineswegs überwunden ist. Weltweit steigt die Zahl der Neuinfektionen und Krankenhausaufnahmen rasant an: seit unserer letzten Plenarsitzung Ende Juli 2020 (also innerhalb weniger Wochen) sind die Fälle von 14 Millionen auf 26 Millionen angestiegen.

Das Virus hält also weiterhin die ganze Welt in Atem.

Alle Kontinente und Länder sind davon betroffen.

Besonders dramatisch ist die sanitäre Situation in den USA, Brasilien und Indien. In vielen Regionen sind die Krankenhäuser vollkommen überlastet. Dass mancherorts ganze Gesundheitssysteme zusammenbrechen, hunderttausende Menschen nicht mehr behandelt werden können und sterben, darf uns nicht unberührt lassen.

Dank entschlossener Maßnahmen hat sich die Situation in Europa zwar inzwischen deutlich beruhigt; dennoch erleben Länder wie Spanien und Frankreich in diesen Tagen erneut einen beunruhigenden, womöglich exponentiellen Anstieg der Fallzahlen.

In Belgien konnte zum Glück ein erneuter exponentieller Ausbruch der Infektionen verhindert werden. Nach den letzten Beschlüssen des Nationalen Sicherheitsrates

konnte die Beschleunigung des Virus spürbar eingebremst werden. Die Zahlen sinken seit einigen Tagen wieder; allerdings auf einem immer noch hohen Niveau. Belgien gehört zu den Ländern mit den meisten Neuinfektionen/100.000 Einwohner. Mit einer Inzidenz von 57 Neuinfektionen/100.000 Einwohner in den letzten 14 Tagen stehen wir auf Platz 6 der europäischen Länder mit den meisten Neuinfektionen.

In Ostbelgien hat es ebenfalls einen Anstieg der Zahlen gegeben, der aber dank unserer Clusterstrategie schnell identifiziert und eingegrenzt werden konnte.

Die Infektionsketten wurden rechtzeitig unterbrochen. Flächenbrände konnten verhindert werden.

Die DG hat vor einigen Wochen auf ihrer Webseite ein eigenes Tool eingerichtet, mit dem alle Bürgerinnen und Bürger die Entwicklung in Ostbelgien zeitnah mitverfolgen können.

Zu Beginn der neuen Sitzungsperiode müssen wir feststellen, dass die Krise nicht vorbei ist und wir noch einige Monate durchhalten müssen, bis ein Medikament und/oder ein Impfstoff zur Verfügung steht.

Wir bitten die Regierung der DG, sich weiterhin aktiv in die innerbelgische Diskussion einzubringen und die Interessen der DG zu vertreten. Wir unterstützen den Einsatz unserer Regierung für ein deutlich vereinfachtes und nachvollziehbares Regelwerk. Wir teilen die Meinung der Regierung, dass man den Menschen mehr Eigenverantwortung zutrauen sollte.

LEHREN AUS DER KRISE

Diese Krise ist eine Zäsur. Sie hat unser Leben verändert. Die sanitäre Krise wird irgendwann vorbei sein. Es wird ein Leben nach Corona geben. Die Folgen der Pandemie werden jedoch noch lange spürbar sein.

Es wird entscheidend darauf ankommen, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen. Wir müssen jetzt schon damit beginnen, die Post-Corona-Zeit vorzubereiten und neue Weichen zu stellen.

Das ist naturgemäß nicht einfach, wenn man sich noch mitten in der Krise befindet. Es fehlt der zeitliche Abstand.

Dennoch haben sich die Mehrheitsfraktionen gemeinsam mit der Regierung in den Sommermonaten intensiv mit der Frage beschäftigt: Was können wir aus der Krise lernen? Was müssen wir anders machen?

Es wird Aufgabe der Regierung sein, in ihrer Erklärung vom 21.09.2020 eine Bilanz ihrer Arbeit im ersten Jahr dieser Legislaturperiode zu ziehen. Sie wird dabei sicherlich auch auf notwendige Anpassungen und neue Schwerpunkte eingehen.

Im Vorfeld der Regierungserklärung möchten wir als Mehrheitsfraktionen auf vier Schwerpunkte eingehen, in denen wir (als Lehre aus der Krise) jetzt schon zusätzlichen Handlungsbedarf erkennen:

- **GESUNDHEIT**

C. Servaty

Die Krise hat uns gelehrt, dass wir im Gesundheitsbereich eine ganzheitliche, integrierte Politik brauchen. Das von der DSL ausgearbeitete Konzept „Gesundes Ostbelgien“ kann hierbei als Orientierung dienen. Wir müssen in Zukunft noch mehr Wert auf Prävention legen. Gerade nach Corona drängt sich die weitere Förderung der Prävention als unabdingbar auf. Dazu gehört aber auch die stärkere Vernetzung der Akteure in der Gesundheit.

Die Krise hat uns auch gezeigt, wie wichtig eine dezentrale Gesundheitsversorgung ist. Wir fordern heute mehr denn je, dass unsere beiden Krankenhausstandorte massiv unterstützt und gestärkt werden. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Bemühungen beider Krankenhäuser, eine gemeinsame Governance-Struktur zu schaffen und maximale Synergiegewinne zu ermöglichen.

Wir brauchen eine Gesundheitspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Dementsprechend muss das Gesundheitswesen auch finanziert werden sowie finanzierbar bleiben.

Spätestens jetzt müssten in der Tat alle Verantwortungsträger verstanden haben, dass die Gesundheit das höchste Gut des Menschen ist. Deshalb muss die Gesundheit auch zu den obersten finanzpolitischen Prioritäten des Gemeinwesens gehören, und zwar auf allen politischen Entscheidungsebenen.

Der gesamte Pflegesektor muss aufgewertet werden. Wir begrüßen, dass die Regierung der DG die massive finanzielle Aufwertung des Personals in den Wohn- und Pflegezentren auf September 2020 vorgezogen hat.

Wir halten es aber auch für unabdingbar, jetzt auch die Personalnormen in den Zentren zu verbessern, um das Personal zu entlasten.

Und wir fordern den Föderalstaat dazu auf, sein Versprechen schnell einzulösen, im Krankenhaussektor vergleichbare Aufwertungen vorzunehmen.

- **ARBEITSMARKT**

G. Freches

Durch die Coronakrise wird die Arbeitslosigkeit in Ostbelgien ansteigen. Es kommt darauf an, arbeitssuchende Menschen schnell wieder in Arbeit zu bringen und gleichzeitig dem Fachkräftemangel zu begegnen. Die bereits eingeleiteten beschäftigungspolitischen Reformen unserer Regierung sind deshalb ausdrücklich zu begrüßen.

Darüber hinaus fordern wir jetzt eine konsequente Umsetzung des Projektes „Vermittlung aus einer Hand“. Alle Organisationen, die mit der Vermittlung von Arbeitssuchenden betraut sind (ADG, DSL, ÖSHZ), müssen stärker und integrierter zusammenarbeiten. Drehtüreffekte, Wartezeiten und Doppelangebote müssen unbedingt vermieden werden.

Gleichzeitig rufen wir das Fachkräftebündnis Ostbelgien dazu auf, die bereits begonnenen Projekte schnellstmöglich umzusetzen und ggfs. neue Projekte hinzuzufügen. Unsere Regierung ist gefordert, all diese Vorhaben nach Kräften zu unterstützen.

- **KLIMAWANDEL**

F. Cremer

Die Gesundheitskrise hat die Klimakrise in der öffentlichen Wahrnehmung womöglich verdrängt. In Wahrheit ist die klimapolitische Herausforderung aber genauso groß wie vor der Krise. Wir müssen auch als DG global denken und lokal handeln. Es geht um nicht weniger als das Überleben der Menschheit.

Daher ist der auf der Plenarsitzung vom 20. Juli 2020 verabschiedete Resolutionsvorschlag an alle für die DG relevanten Exekutivorgane bezüglich der Klimaschutz-Dringlichkeitserklärung von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die Feststellung, dass im REK III der Klimaschutzpolitik ein eigenes Kapitel gewidmet wurde, dokumentiert den Willen der Regierung in diesem Bereich Akzente zu setzen.

Wir fordern die Regierung auf, trotz aller Bemühungen zur Überwindung der Folgen der Gesundheitskrise, die Bemühungen zum Klimaschutz keinesfalls zu vernachlässigen. Im Gegenteil, es müssen weitreichende Maßnahmen getroffen werden.

Die DG hat gemeinsam mit den Gemeinden einen ehrgeizigen Klimaplan für unsere Gemeinschaft erarbeitet. Die CO2 Emissionen müssen auf dieser Grundlage bis 2030 um 50 % und bis 2050 um 100 % gesenkt werden.

Nun ist 2020 aber eigentlich schon morgen... Wir fordern deshalb alle Entscheidungsträger dazu auf, die Umsetzung des Klimaplanes voranzutreiben und

die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Diese Forderung richtet sich auch an unsere Regierung. Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung der Investitionen in den Klimaschutz ein und hoffen, dass die Regierung diese Forderung aufgreifen und in ihrem Programm berücksichtigen wird.

Die neu übertragenen Zuständigkeiten (Raumordnung, Wohnungsbau und Teile der Energiepolitik) sind wichtige Hebel, die gezielt eingesetzt werden müssen, um die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen.

- **SOLIDARITÄT**

C. Servaty

Gerade in den letzten Monaten haben wir wieder eine vorbildliche Solidarität in der Bevölkerung erlebt. Gemeinnützige Organisation und ehrenamtliche Privatpersonen haben geholfen und sich für ihre Mitmenschen eingesetzt.

Wir sollten darüber nachdenken, wie wir das Ehrenamt weiter stärken und die Solidarität über die Krise hinaus fördern können.

Gleichzeitig müssen wir uns verstärkt in den Kampf gegen die Armut einbringen. Die wirtschaftlichen Folgen der Krise sind dramatisch. Wir müssen achtgeben, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinanderklafft. Wir brauchen einen Armutsstrategieplan mit konkreten Projekten, verstärkte Netzwerkarbeit sowie eine dekretale Grundlage zur Armutsbekämpfung.

In diesem Zusammenhang fordern wir auch eine Stärkung der Solidarwirtschaft. Wir brauchen denn auch einen gefestigten Rechtsrahmen für die ostbelgische Solidarwirtschaft.

SCHLUSSFOLGERUNG

G. Freches

Wir müssen die richtigen Lehren aus der Krise ziehen und unsere Gemeinschaft auf die Post-Corona-Zeit vorbereiten. Das REK muss überarbeitet werden.

Neue Weichen müssen gestellt; neue Projekte in Angriff genommen werden. Uns ist bewusst, dass der nötige zeitliche in Abstand fehlt, um eine abschließende Bilanz ziehen und daraus langfristige Visionen entwickeln zu können.

Dennoch müssen wir jetzt schon mit genau dieser Arbeit beginnen. Man kann heute schon neue Handlungsfelder erkennen, die politisches Handeln erfordern. Dafür haben wir vier Beispiele genannt. Wir werden uns in der anstehenden Sitzungsperiode an der Ausarbeitung neuer Ideen beteiligen und Vorschläge unterbreiten.

Sehr gerne werden wir uns auch in die Arbeiten des neu eingesetzten Sonderausschusses einbringen. Diese Arbeiten beinhalten selbstverständlich eine kritische Bewertung der letzten Monate.

Sie können und sollten aber auch eine Quelle der Inspiration für unser politisches Engagement in den kommenden Jahren sein.

Gregor Freches

° PFF – Fraktionsführer

Charles Servaty

° SP – Fraktionsführer

Freddy Cremer

° ProDG - Fraktionsführer